

GRÜNE

NUMMER 15/2016

WERKSTATTSSCHRIFTEN

EINE REIHE DER GRÜNEN BILDUNGSWERKSTATT



GEF

GREEN EUROPEAN FOUNDATION

With the financial support of the European Parliament to the Green European Foundation.

NACHHALTIGE ARBEIT

FÜR ALLE

EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE UND

GESCHLECHTERPOLITISCHE PERSPEKTIVE

Foto: ptwo/ flickr.com cc-by

DIE AUTORIN



Beate Littig ist senior researcher und Leiterin der Forschungsgruppe ‚Socio-ecological transformation‘ am Institute for Advanced Studies. 2001 promovierte sie an der Universität Wien und wurde Lektorin am Institut für Soziologie. 2005

bis 2009 war sie Vizepräsidentin der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS). Beate Littig koordinierte viele nationale und internationale Forschungsprojekte, hauptsächlich in den Bereichen Umweltsoziologie, Gender Studies und partizipatorische Technikfolgenforschung. Sie lehrt sowohl an österreichischen Universitäten als auch international bei summer schools und Workshops.

ABSTRACT

In diesem Paper wird das Konzept der nachhaltigen Arbeit vorgestellt und damit zum aktuellen Diskurs über nachhaltige Entwicklung und Arbeit Stellung bezogen. Dabei wird auch auf die Bedeutung von Geschlechtergerechtigkeit als wesentliches Element eines sozial-ökologischen Konzepts nachhaltiger Arbeit eingegangen. Die angeführten Argumente werden durch die Ergebnisse der Nachhaltigkeitsforschung, die Soziologie der Arbeit und der industriellen Beziehungen, die Geschlechterforschung und wachstumskritische Ansätze gestützt. Nachhaltige Arbeit ermöglicht sowohl Männern als auch Frauen eine selbstbestimmte und gesunde Lebensführung¹. Sie umfasst sämtliche Formen der Arbeit, die erforderlich sind, um das Funktionieren einer Gesellschaft zu gewährleisten: Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Gemeinwesenarbeit und Eigenarbeit. Nachhaltige Arbeit bedeutet ein sicheres, faires und ausreichendes Einkommen für alle und zugleich die ökologisch und sozial verträgliche Bereitstellung entsprechender Waren und Dienstleistungen auf globaler Ebene. Zu den zentralen Voraussetzungen für nachhaltige Arbeit für alle zählen eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung bzw. kurze Vollzeit, eine Umverteilung von Arbeit und eine sozial-ökologische Steuerreform.

¹ Der Begriff „Lebensführung“ bezieht sich auf ein soziologisches Konzept, das auf Max Weber zurückgeht (Jurczyk et al. 2016).

1. DER AUSGANGSPUNKT: DIE GREEN ECONOMY KANN NICHT DIE EINZIGE ANTWORT AUF DIE VIELFACHKRISE SEIN

Europa sieht sich sowohl mit einer sozio-ökonomischen als auch einer ökologischen Krise konfrontiert. Die kapitalistischen Wirtschaftssysteme vieler Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) verzeichneten in den letzten Jahrzehnten nur geringe oder gar stagnierende Wachstumsraten, was in vielen Ländern zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat (Lessenich/Dörre 2014).² Die Wirtschaftskrise in vielen EU-Staaten steht in direktem Zusammenhang mit der sozialen Krise sowie der ungerechten Verteilung des Wohlstandes und der Chancen auf soziale Integration und wird durch die aktuelle Sparpolitik der EU weiter verschärft.³ Die neoliberale Politik hat die soziale Ungleichheit in und zwischen den europäischen Ländern weiter verstärkt (Piketty 2014). Die weltweite Armut nimmt zu, und der Reichtum ist nicht mehr nur im Globalen Süden ungleich verteilt, sondern immer häufiger auch im Globalen Norden (Human Development Index 2011: UNDP 2011b). Nach wie vor sind vor allem Frauen (und Kinder) besonders häufig von Armut betroffen (Gender Inequality Index 2011: UNDP 2011a).

Die primäre strategische Antwort auf dieses Problem seitens des politischen Mainstreams ist die Forcierung von Wirtschaftswachstum, neuerdings des sogenannten nachhaltigen Wachstums, vorangetrieben durch technische Innovationen: Dementsprechend versteht sich „Europa 2020“ als eine „neue Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“. (Europäische Kommission 2010). Im Zentrum der Strategie stehen die effiziente Nutzung von Ressourcen, die Förderung der Beschäftigung sowie die Verringerung von Armut. Die europäische Wachstumsstrategie bezieht sich dabei auf die Initiative zur Schaffung einer *Green Economy*, die nach Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) ins Leben gerufen⁴ und kürzlich durch

die von den Vereinten Nationen verkündeten Ziele für nachhaltige Entwicklung (UN 2015) bekräftigt wurde.

Seitdem stehen die Schlagworte *Green Economy* und *Green Jobs* im Zentrum der Diskussion über eine nachhaltige Entwicklung wie sie von wichtigen supra- und internationalen politischen Akteuren wie den Organisationen der Vereinten Nationen, der OECD und der EU vorangetrieben wird. Das Ziel dieser politischen AkteurInnen ist es, den uneinheitlich verwendeten, unscharfen Begriff der nachhaltigen Entwicklung zu präzisieren. Grünes Wachstum durch verstärkte Investitionen in ökoefiziente Technologien und die Ökonomisierung von Ökosystemleistungen – also das weltweite Begrünen des Kapitalismus – werden als mögliche Auswege aus der globalen Krise angepriesen. Zu den Versprechen der *Green Economy* zählen die Zusammenführung von Ökonomie und Ökologie, die Schaffung nachhaltiger, grüner Arbeitsplätze sowie die Verringerung sozialer Ungleichheiten in der ganzen Welt.

Bis dato kann die *Green Economy* jedoch lediglich als eine Absichtserklärung interpretiert werden. Es wurden bislang weder das konkrete Vorgehen präzisiert noch potenzielle Folgen oder Konflikte evaluiert. Aber auch wenn es noch nicht absehbar ist, ob die *Green Economy* tatsächlich Realität wird, wurden bereits zahlreiche kritische Einwände gegen sie vorgebracht.

So ist es fraglich, ob die Strategie zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch umsetzbar ist, denn in den letzten Jahren war das Wachstum der Wirtschaft stets direkt mit steigendem Ressourcen- und Energieverbrauch verknüpft. Durch die überwiegende Nutzung fossiler Brennstoffe wurde außerdem der Klimawandel beschleunigt, und die globale Wirtschaftskrise inklusive der Umweltfolgen konnte durch technische Lösungen bislang nicht abgewendet werden (Fischer-Kowalski/Haberl 2007). Zudem müssen die sogenannten Rebound Effekte berücksichtigt werden, die dazu führen, dass relative Einsparungen durch einen höheren Verbrauch teilweise wieder aufgehoben werden (Santarius 2014). Da die Umstellung auf klimafreundliche Technologien nur mit staatlicher Förderung umgesetzt werden kann, sind die Erfolgsaussichten angesichts der derzeitigen restriktiven Finanzpolitik gering.

All dies führt dazu, dass das Konzept der *Green Economy* wie ein Oxymoron, also ein Widerspruch in sich selbst, klingt (Brand 2012a, b). Wenn das wirtschaftliche Wachstum, der Heilige Gral vieler Volkswirtschaften, nicht hinterfragt wird, werden der Green New Deal und das Konzept der *Green Economy* unweigerlich in den Sog des Wachstumsdilemmas geraten (Altvater 2011).

2 Deutschland mag zwar eine Ausnahme darstellen, doch die relativ geringe Arbeitslosenrate und das sogenannte deutsche Jobwunder sind primär auf die Schaffung zahlreicher prekärer und schlecht bezahlter Jobs zurückzuführen.

3 Damit einher geht eine Krise der demokratischen Repräsentation: Immer mehr Menschen fühlen sich von den etablierten Parteien und der politischen Elite nicht mehr vertreten. Die Folge ist ein Aufstieg (ultra-) rechter Parteien und Bewegungen in vielen europäischen Ländern (Front National, Pegida, etc.) sowie ein Zulauf zu linken Bewegungen wie z.B. Podemos in Spanien. Darüber hinaus verlieren immer mehr Menschen jegliches Interesse an Politik oder verzichten auf ihr Wahlrecht. Studien belegen, dass die Mehrheit der politischen Vertreter aus der Mittel- und Oberschicht stammt und auch von dieser in ihr Amt gewählt wird. Insbesondere ärmere Bevölkerungsschichten gehen häufig gar nicht zur Wahl, sodass nicht mehr nur Minderheitengruppen von der demokratischen Repräsentation und der politischen Willensbildung ausgeschlossen sind, sondern auch immer mehr einkommensschwache Menschen.

4 <http://web.unep.org/greeneconomy/> (Stand: 30.07.2016).

Vieles spricht dafür, dass die *Green Economy* die sozialen und ökologischen Widersprüche des Kapitalismus nicht zu beseitigen vermag, sondern bestenfalls dazu führt, dass diese in einem zeitlich und geografisch begrenzten Rahmen adressiert werden können. Die *Green Economy* könnte folglich ein auf den Globalen Norden und auf aufstrebende Regionen des Globalen Südens beschränktes „exklusives Modernisierungsprojekt“ bleiben (Wissen 2012: 34).

Die fortschreitende Etablierung des kapitalistischen Wachstumsparadigmas und der Gewinnmaximierung im Globalen Süden und in den sogenannten Schwellenländern geht mit dem Aufstieg einer neuen, konsumfreudigen Mittelschicht einher (Brand/Wissen 2011), die sich in Bezug auf den Verbrauch natürlicher Ressourcen an den Standards des Globalen Nordens orientiert. Doch der hohe Umweltverbrauch ist aus sozialen und ökologischen Gründen nicht generalisierbar. Es ist fraglich, ob die Mitglieder der transnationalen Verbraucherklasse bereit sein werden, ihren gehobenen Lebensstil zugunsten nachhaltiger Alternativen aufzugeben, zumal ihre umweltbelastenden Konsumgewohnheiten und sozialen Praktiken fest in ihrer Lebensführung verankert sind (Jonas/Littig 2015).

Doch nicht nur in Bezug auf den Verbrauch natürlicher Ressourcen nimmt die soziale Ungleichheit weiter zu. Um Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie Platz zu machen, die im Rahmen der *Green Economy* gefördert wird, werden häufig Grundstücke zwangsenteignet und Menschen aus ihren Häusern vertrieben (Heinrich-Böll-Stiftung 2012). Als Beispiele lassen sich der Bau von Staudämmen zur Energiegewinnung in Brasilien und China oder die Ausdehnung von Palmölplantagen zur Herstellung von Biokraftstoffen in Indonesien anführen. Der Bau solcher Megastaudämme und der monokulturelle Anbau erneuerbarer Rohstoffe sind darüber hinaus auch aus ökologischer Sicht höchst problematisch. Als Konsequenz der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung kann davon ausgegangen werden, dass Frauen im Globalen Süden (und vor allem arme Frauen in ländlichen Gegenden) in besonderem Maße von der Ausbreitung der Agrarindustrie und von der Abschaffung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft betroffen sein werden, sei es, weil es ihre Aufgabe ist, Wasser zu holen, Feuerholz zu sammeln und das Land zu bestellen, oder weil sie vom Handel mit landwirtschaftlichen Produkten leben (cf. Appel 2010).

Fazit: Die sozioökonomische Krise des Kapitalismus steht in direktem Zusammenhang mit der ökologischen Krise bzw. mit der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Barth/Jochum/Littig 2016). Das bedeutet, dass die klassische Formel „Wirtschaftswachstum schafft Arbeit schafft Wohlstand“ zum einen aus wirtschaftlichen Gründen (säkulare Stagnation) und zum anderen aufgrund ökologischer Grenzen (Jackson 2009) nicht mehr funktioniert. Grünes Wachstum

als globales Modell ist nicht in der Lage, diese Probleme zu lösen. Grünes Wachstum kann aber unter bestimmten Bedingungen notwendig sein, um Wohlstand und eine nachhaltige, sozialverträgliche Entwicklung in den ärmeren Ländern der Welt zu ermöglichen. Die vorgebrachte Kritik richtet sich auch nicht grundsätzlich gegen eine grüne Ökonomie. Selbstverständlich bedarf es einer umfassenden Begründung der Wirtschaft im globalen Maßstab, d.h. eine sozial und ökologisch nachhaltige Produktionsweise für die Erzeugung umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen. Eine *Green Economy* muss jedoch Teil einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation sein, die weit über technische Innovationen hinausgeht (WBGU 2011; Jonas 2016). Die nachhaltige Umstrukturierung moderner Arbeitsgesellschaften steht im Zentrum dieser Transformation.

2. NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND GESCHLECHTERPOLITIK SIND UNTRENNBAR MITEINANDER VERBUNDEN

In den oben genannten internationalen Dokumenten zu nachhaltiger Entwicklung und zur *green economy* finden sich zahlreiche Verweise auf Gleichstellungsaspekte. Auch in den jüngst von den Vereinten Nationen veröffentlichten *Sustainable Development Goals* (SDG) (UN 2015) ist die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit und der Emanzipation von Frauen und Mädchen verankert. Dabei werden jedoch lediglich die bereits weithin bekannten Ziele (z.B. die angemessene Vertretung von Frauen in Entscheidungsgremien und -positionen, gleichberechtigter Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge, gleiches Entgelt usw.) genannt, ohne konkrete Maßnahmen und Ziele festzulegen.

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) birgt die *Green Economy* das Potenzial, die Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen – auch für Frauen – erheblich zu fördern (ILO 2015). Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist seit Jahrzehnten ein explizites Ziel der ILO und manifestiert sich u.a. in der Erstellung von Fortschrittsberichten, insbesondere zur Überprüfung der Fortschritte im Globalen Süden. Allerdings gibt es nur wenige offizielle geschlechterspezifische Daten zu nachhaltiger Arbeit. Dennoch lassen sich anhand einzelner Beispiele Veränderungen in Bezug auf den Zugang von Frauen zum grünen Arbeitsmarkt erkennen. Diese sind in erster Linie auf personenbezogene Initiativen wie Mikrokredite für Frauen zurückzuführen, die z.B. im Tourismus oder der Energieerzeugung eine wichtige Rolle spielen. Doch auch wenn diese Initiativen zur Ermächtigung (*empowerment*) von Frauen beitragen können, besteht die Gefahr der Verschuldung und der Verarmung ganzer Familien (Littig 2016).

Eine systematische Analyse der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Initiative für grüne Jobs im Globalen Norden wurde bis dato nicht durchgeführt. Aus einer Geschlechterperspektive ist aber darauf hinzuweisen, dass gute grüne Jobs, für die vor allem ein technischer oder wissenschaftlicher (Aus-)Bildungshintergrund erforderlich ist, Mangelware sind und vor allem von Männern besetzt werden (Leitner et al. 2012). Frauen hingegen finden in erster Linie in als „grün“ bezeichneten Wirtschaftszweigen mit schlechten Arbeitsbedingungen Beschäftigung, in denen oftmals nur eine niedrige Qualifikation erforderlich ist. Um grüne Jobs für hochqualifizierte Frauen attraktiv zu machen, müssen eine Reihe von zusätzlichen Maßnahmen ergriffen werden: Zum einen gilt es, die Anzahl der Frauen und Mädchen, die technische oder wissenschaftliche Studiengänge absolvieren und in entsprechende Berufe einsteigen, zu steigern und zum anderen muss die Gleichstellung von Männern und Frauen in diesen Arbeitsmarktsegmenten etwa durch eine entsprechende Lohnpolitik, Karrieremöglichkeiten und Vereinbarkeitsmaßnahmen gefördert werden (siehe Kuhl 2012).

Seit der Rio-Konferenz 1992 stehen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, Geschlechtergleichstellung und Umweltgerechtigkeit im Zentrum der Debatte über eine nachhaltige Entwicklung (Agenda 21, Kapitel 24, UN 1992). In den jüngeren Stellungnahmen haben sich internationale Frauenbewegungen gegen den Begriff *Green Economy* ausgesprochen. Stattdessen plädieren sie dafür, ihn durch die Bezeichnung „*sustainable and equitable economy*“ (nachhaltige und gerechte Wirtschaft) zu ersetzen, um einen direkten Bezug zu den in Rio getroffenen Entscheidungen herzustellen und diese zu bekräftigen (Women's Major Group 2011).⁵ In einem von mehreren deutschen Frauenrechtsorganisationen veröffentlichten Diskussionspapier wird eine erweiterte Definition des Konzepts der *Green Economy* vorgestellt:

„Unser Verständnis einer Green Economy bedeutet, eine sozial und ökologisch gerechte Gesellschaft und eine entsprechende Wirtschaftsweise in den Mittelpunkt zu stellen, die ein ‚gutes Leben für alle‘ ermöglicht. [...] So gilt es, die vielfältigen produktiven, überwiegend von Frauen erbrachten Care-Leistungen ebenso wie die Produktivität der ökologischen Natur als Grundlage jeglichen Wirtschaftens anzuerkennen.“ (Genanet 2011: 1)

Mit dieser Definition wird das von Feministinnen seit Langem kritisierte eng gefasste Konzept der Erwerbsarbeit thematisiert, das in modernen Arbeitsgesellschaften vorherrschend ist und die von Frauen erbrachten (re-)produktiven Leistungen im privaten Bereich ignoriert. Feministische Forderungen nach einer Erweiterung des Arbeitskonzepts sind auch Thema

verschiedener aktueller Beiträge zum Nachhaltigkeitsdiskurs, in denen eine skeptische Haltung gegenüber grünem Wachstum zum Ausdruck gebracht wird. Was sie gemeinsam haben, ist die Auffassung, dass Arbeit mehr umfasst als nur Erwerbsarbeit.

3. ERWEITERTE ARBEITS- KONZEPTE, NEUBEWERTUNG UND NEUVERTEILUNG VON ARBEIT. LAUFENDE INITIATIVEN

Ein Thema, das sich wie ein roter Faden durch die Diskussionen zu nachhaltiger Entwicklung der letzten 15 Jahre zieht, ist die Frage nach den Konsequenzen und Voraussetzungen einer nachhaltigen Transformation der aktuellen Arbeitsgesellschaft. Die überwiegend akademisch geführte Debatte findet inzwischen auch bei internationalen sozial-ökologischen Bewegungen Anklang. Während die Vision einer sozial-ökologischen Tätigkeitsgesellschaft, in der nicht nur Erwerbsarbeit zählt, allen Ansätzen gemein ist, unterscheiden sich die jeweiligen Argumente und Ausführungen deutlich. Nachfolgend werden drei zentrale Konzepte und Ansätze vorgestellt.

a) Erweiterte Arbeitskonzepte: das deutsche Forschungsprojekt „Arbeit und Ökologie“ als Referenz

Im Rahmen des Projekts „Arbeit und Ökologie“ wurde im Auftrag der deutschen gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung erstmals eine systematische Analyse der Neudefinition von Arbeit im Kontext der nachhaltigen Entwicklung durchgeführt (HBS 2000). Dabei wurde das Konzept der Mischarbeit entwickelt, das mittlerweile als Referenz für die Definition eines alternativen, nachhaltigen Arbeitskonzepts gilt. Der Begriff Mischarbeit bezieht sich auf die Kombination von und die Interaktion zwischen verschiedenen Tätigkeiten und erweitert das Konzept der Arbeit damit über die Erwerbsarbeit hinaus. Mischarbeit umfasst neben der Erwerbsarbeit auch die private Erziehungs- und Sorgearbeit (*care*), die Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement und entspricht damit der seit Langem in feministischen Frauen- und Geschlechterstudien verankerten Forderung nach Anerkennung der überwiegend von Frauen erbrachten informellen Sorgearbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit.⁶ Das Konzept der Mischarbeit kombiniert arbeitssoziologische Erkenntnisse über den strukturellen Wandel (post-)fordistischer Arbeitsverhältnisse (Subjektivierung und Entgrenzung von Arbeit, die Erosion des Modells des männlichen Familienernährers) mit normativen Grundsätzen der Nachhaltigkeit und

⁵ https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/3467SD2015%20Position%20Paper_Womens%20MG_v1_March%202014.pdf (Stand: 30.07.2016).

⁶ Das Modell der Vier-in-einem-Perspektive von Frigga Haug basiert auf einer ähnlichen Idee, jedoch ohne starken Bezug zu ökologischen Fragestellungen (Haug 2008). Siehe auch Bodyn 2016.

macht einen auf zwei Säulen basierenden arbeitspolitischen Paradigmenwechsel geltend. Das Konzept lässt sich somit für eine Analyse der aktuellen Trends in Bezug auf gesellschaftliche Arbeitsbedingungen heranziehen. Auf Grundlage dieser Evaluierung und mit Bezug auf das Nachhaltigkeitsparadigma der mehrdimensionalen Verteilungsgerechtigkeit wurden im Rahmen des Projekts normative Richtlinien zu sozialer Nachhaltigkeit und Mischarbeit als Leitprinzipien zukunftsfähiger Arbeitsgesellschaften erfordert als spezifische politische Maßnahmen u.a. eine sozial-ökologische Steuerreform und eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, um eine Neuverteilung der Arbeit erreichen zu können. Die Ergebnisse des Projekts sind mittlerweile zu einem wichtigen Bezugspunkt in der Debatte über nachhaltige Entwicklung und Arbeit geworden (Brandl 2016) und wurden in der jüngeren Debatte über die Postwachstumsgesellschaft um Argumente angereichert, die die Nachhaltigkeit kapitalistischen Wirtschaftswachstums infrage stellen.

b) Wachstumskritische Ansätze

Die vorherrschende ökonomische und politische Orientierung an konstantem ökonomischen Wachstum, Vollbeschäftigung und daraus resultierendem allgemeinen Wohlstand wird von einer Reihe prominenter NachhaltigkeitsforscherInnen grundlegend infrage gestellt (Jackson 2009; Schor 2010; Altvater 2011; Lessenich/Dörre 2014). Begründet wird die wachstums- und kapitalismuskritische Haltung in erster Linie mit der fehlenden Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcen- und Energieverbrauch. Hinzu kommt, dass die überwiegende Nutzung fossiler Brennstoffe zu einer Beschleunigung des Klimawandels führt und dass die weltweite Wirtschaftskrise durch technische Lösungen allein nicht in den Griff zu bekommen ist. Stattdessen wird je nach Standpunkt eine Entschleunigung des Wirtschaftswachstums bis hin zu einem wirtschaftlichen *degrowth* gefordert, eine allgemeine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und die Umverteilung von Arbeit, einer Erweiterung des Arbeitskonzepts sowie einer Neuorientierung hin zu nachhaltigen, suffizienten Konsumformen (Bodyn 2016).

Geschlechterpolitische Überlegungen spielen bei diesen Ansätzen zwar keine erkennbare Rolle, viele der Forderungen stimmen jedoch auf Erkenntnissen aus Frauen- und Geschlechterstudien überein (z.B. das erweiterte Konzept der Arbeit).

Die problematischen ökologischen und sozialen Folgen des kapitalistischen Wachstumsparadigmas haben zahlreiche soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Initiativen auf den Plan gerufen, deren Ziel es ist, alternative Lebens- und Arbeitsweisen als Lösungen für die sozioökonomischen Probleme zu finden (Petridis et al. 2015). Dazu zählen verschiedene Arten genossenschaftlicher Aktivitäten und alternative Formen

des Zusammenlebens (Solidarwirtschaft, Transition-Town-Bewegung, Ökodörfer usw.). Derartigen sozial innovativen Experimenten wird eine wichtige Vorreiterrolle für eine sozial-ökologische Transformation zugesprochen (WBGU 2011)

Aus einer Geschlechterperspektive gilt es zu erörtern, inwiefern diese Projekte auch zur Gleichstellung von Männern und Frauen beitragen. Eine der Schlüsselfragen diesbezüglich ist, wie die traditionellen Geschlechterrollen und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung durch diese Initiativen und alternativen Formen des Zusammenlebens verändert oder reproduziert werden. Während es kaum empirische Belege gibt, lassen exemplarische Ergebnisse von Projekten zu urbanen intentionalen Gemeinschaften darauf schließen, dass sich vor allem Frauen und nicht ihre männlichen Partner bei der Erbringung von Care-Arbeit gegenseitig unterstützen (Littig 2016).

c) *Care* als normative Leitlinie für Wirtschaftstätigkeit

In Bezug auf die Diskussion zu wachstumskritischen Ansätzen sind auch feministische Positionen relevant, beispielsweise die Forderung nach einer erweiterten Definition des Arbeitskonzepts, der Neubewertung der Sorgearbeit, der Arbeitszeitverkürzung und der Umverteilung der Arbeit (Biesecker et al. 2000). Dies stellt aus einer ökofeministischen Perspektive jedoch nur den ersten Schritt hin zu einer geschlechtergerechten sozial-ökologischen Transformation dar. Herausforderungen in Bezug auf die Externalisierung der Kosten und Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft können nicht länger auf Kosten der Umwelt und Frauen bewältigt werden. Es ist eine grundlegende Umorientierung der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik hin zu den Prinzipien von *care*, des Sorgens für und Sorgens um Menschen und Natur erforderlich (Tronto 2013).

Im Kontext der nachhaltigen Entwicklung bezieht sich der Begriff *care* sowohl auf aktuelle als auch auf künftige Generationen und erfordert eine Neuausrichtung der vom Markt gelenkten Geldwirtschaft. Anstatt abstrakter Werte müssen Wirtschafts- und Arbeitsziele geschaffen werden, die es ermöglichen, den eigenen Lebenszweck zu erfüllen, und den Schwerpunkt auf das gesellschaftliche Miteinander und die Aktivitäten legen, die für die Erbringung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit erforderlich sind. Aus öko-feministischer Sicht ist die aktuelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung Ausdruck der patriarchalischen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen (Biesecker et al. 2012). Eine sozial-ökologische Transformation hin zu einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft kann daher nicht von der Beseitigung der hierarchischen Geschlechterverhältnissen absehen.

4. NACHHALTIGE ARBEIT

FÜR ALLE – EIN NEUES

VERSTÄNDNIS GESELLSCHAFTLICHER NATURVERHÄLTNISS

Im neuesten Bericht über die menschliche Entwicklung (UNDP 2015) geht es um das Thema Arbeit und menschliche Entwicklung. Darin wird unter anderem die folgende neue Definition des Begriffs der Arbeit vorgestellt:

„Aus der Perspektive der menschlichen Entwicklung umfasst der Begriff der Arbeit mehr als Arbeitsplätze oder Beschäftigungsverhältnisse, er ist breiter und tiefer angelegt. Arbeitsplätze bringen Einkommen und tragen zur Würde, zur Teilhabe und zur wirtschaftlichen Sicherheit der Menschen bei. Bleibt man jedoch innerhalb dieses engen Rahmens, werden viele Arten von Arbeit nicht erfasst, die wichtige Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung haben – wie zum Beispiel Arbeit im Haushalt und im Bereich Betreuung und Pflege, Freiwilligenarbeit und ehrenamtliches Engagement sowie kreative Tätigkeiten, zum Beispiel von Schriftstellern oder Malern“ (UNDP 2015: 3).

Diese Definition erinnert an den *capability approach* (Sen 1979), der auf einem humanistischen Verständnis der menschlichen Entwicklung basiert. Gemäß diesem Ansatz wird das menschliche Wohlbefinden und die menschliche Entwicklungsfähigkeit nicht nur durch wirtschaftliche Faktoren beeinflusst, sondern auch durch Bildung, Lebenserwartung und soziale Gleichstellung. Arbeit schafft nicht nur das Fundament für die menschliche Entwicklung und stärkt den sozialen Zusammenhalt, sondern ist auch eine Grundvoraussetzung für die menschliche Entwicklung überhaupt: „Letztlich werden durch Arbeit menschliches Potenzial, menschliche Kreativität und menschlicher Geist freigesetzt“ (ibid: 1).

Die (aus ökologischer Sicht) nicht-nachhaltigen aktuellen Lebens- und Arbeitsweisen könnten das Potenzial der menschlichen Entwicklung ausbremsen, da sie die Möglichkeit, überhaupt arbeiten zu können, einschränken (ibid. 155). Die Förderung nachhaltiger Arbeit erfordert deshalb die Koordination von Umwelt- und Entwicklungsthemen: Sie muss das Potenzial der menschlichen Entwicklung fördern und gleichzeitig die umweltschädlichen Auswirkungen der Arbeit minimieren, um die Zukunft der Arbeit zu sichern. Im Zentrum dieses Arguments steht die Gewährleistung der Nachhaltigkeit der Arbeit.⁷

7 Die Stärke des Berichts über die menschliche Entwicklung liegt in dem verbesserten Verständnis des Begriffs der Arbeit und in der Anerkennung der verschiedenen Formen von Arbeit, auch aus einer Nord-Süd-Perspektive. Allerdings basiert der Bericht auf der Strategie für grünes Wachstum, die eine Ausweitung des Entwicklungsmodells des Globalen Nordens auf den Rest der Welt vorsieht (Barth/Jochum/Littig 2016).

Der Bericht über die menschliche Entwicklung 2015 ist auf das menschliche Entwicklungspotenzial der Arbeit aus Sicht des Einzelnen fokussiert. Diese Perspektive muss jedoch auf die gesellschaftliche Ebene ausgeweitet werden. Rahel Jaeggi (2014) argumentiert, dass die (individuelle) Arbeit einen Beitrag zur Schaffung gesellschaftlichen Wohlstands leistet. Gleichzeitig bedeutet Arbeit jedoch auch eine „Teilnahme am allgemeinen Vermögen“. Teilnahme bezieht sich dabei nicht nur auf die wirtschaftliche Partizipation (durch Einkommen), sondern auch auf die gesellschaftliche Partizipation in Form von Wissen, Fähigkeiten und symbolischen Strukturen der Anerkennung (Jaeggi 2015: 525). Die Teilnahme am allgemeinen Vermögen ist durch Kooperation (zur Erfüllung der gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnisse) und Wechselseitigkeit charakterisiert, d.h. das Recht auf den Erhalt einer Gegenleistung. Ausgehend von diesem sozialphilosophischen Verständnis des Begriffs der Arbeit wird deren aktuelle Dysfunktionalität offensichtlich: Sie wirkt sich nachteilig auf die Umwelt aus und minimiert dadurch das Potenzial zur Schaffung gesellschaftlichen Wohlstands⁸, sie verstärkt die soziale Ungleichheit und führt zu einer Zunahme physischer und psychischer Krankheiten (Voss/Weiss 2013). Deshalb bedarf es einer nachhaltigen Reorganisation der Arbeit und der Arbeitsgesellschaft.

Unter Berücksichtigung der bisher vorgestellten Ansätze und Überlegungen muss das Konzept der „nachhaltigen Arbeit für alle“: a) sämtliche gesellschaftlich notwendigen Formen der Arbeit umfassen und b) von den normativen Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung geleitet werden.

- a) Einbeziehung aller Formen der Arbeit, die zur Aufrechterhaltung einer Gesellschaft erforderlich sind

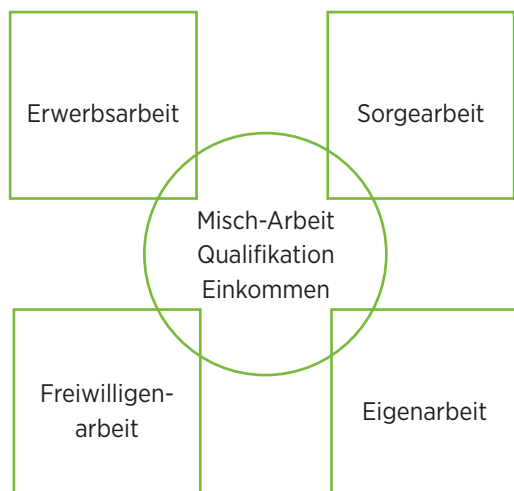
Auf gesellschaftlicher Ebene muss nachhaltige Arbeit sämtliche Formen der Arbeit einschließen, die erforderlich sind, um eine funktionierende Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Dazu zählen die folgenden vier Kategorien: Erwerbsarbeit, Sorgearbeit in privaten Haushalten, Freiwilligenarbeit in der Gemeinschaft und Eigenarbeit. Die Teilhabe an all diesen Formen der Arbeit geht einher mit einem Misch-Einkommen, Misch-Qualifikationen und Misch-Herausforderungen (Tabelle 1) (HBS 2000).

Das Konzept der Mischarbeit ist zugleich analytisch und normativ. Der analytische Aspekt bezieht sich auf Erkenntnisse der Arbeits- und Industriosozologie, die darauf schließen lassen, dass das traditionelle männliche Normalarbeitsmodell durch die Zunahme prekärer Beschäftigung, befristeter Ar-

8 Unter Berufung auf Marx können die gesellschaftlichen Naturverhältnisse als gesellschaftlicher Metabolismus beschrieben werden, der durch Arbeit geregelt wird (Barth/Jochum/Littig 2016).

beitsverträge und durch Brüche im Karriereverlauf aufgrund von Erwerbslosigkeit aufgeweicht wird (Pongratz/Voss 2003). In den früh industrialisierten Ländern des Globalen Nordens leisten Frauen dagegen schon lange Mischarbeit: Das idealtypische Erwerbs- und Familienleben von Frauen nach dem 2. Weltkrieg bestand aus Phasen der Erwerbsarbeit, die von Phasen der Nichterwerbstätigkeit unterbrochen waren, in denen die Frau Sorgearbeit innerhalb eines privaten Haushalts erbrachten.

Tabelle 1: Erweitertes Konzept der Arbeit



Die neue Form der Berufstätigkeit und Erwerbskarrieren, wie sie die „Generation Praktikum“ gegenwärtig erfährt, zeichnet sich zunehmend durch Diskontinuitäten und eine Annäherung der typischen Erwerbsverläufe von Männern und Frauen aus. Diese Veränderungen erfordern eine ständige Erneuerung der Qualifikation und bedingen vielfältige Einkommensarten. Mischarbeit ist längst Wirklichkeit geworden, doch es mangelt nach wie vor an sozialstaatlicher Absicherung und nachhaltiger arbeitsrechtlicher Regulierung.

Aus einer normativen Perspektive kann die Mischarbeit zu einem neuen gesellschaftlichen Modell nachhaltiger Arbeit werden, wenn sie mit den normativen Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung kombiniert wird.

b) Bezug auf die normativen Grundsätze nachhaltiger Entwicklung

Nachhaltige Arbeit muss den normativen Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung folgen. Dazu zählen insbesondere das Recht auf ein Leben in Würde sowie die intergenerationale und internationale Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit, wobei sich Letzteres auf demokratische Entscheidungsprozesse bezieht.

Aus feministischer Sicht sind die normativen Grundsätze von care – also der Sorge für sich selbst, für andere und für

die Natur (Klinger 2014) – im Rahmen des Konzepts der nachhaltigen Arbeit zu berücksichtigen. *Care* beinhaltet den sorgsamsten Umgang mit der (physischen und psychischen) Fähigkeit zu arbeiten. Die fehlende Nachhaltigkeit der aktuellen Arbeitsgesellschaft wirkt sich folglich nicht nur auf den gesellschaftlichen Metabolismus von Natur und Arbeit aus, sondern auch auf die (Re-)Produktion der (individuellen) Arbeitskraft. Nachhaltige Arbeit bezieht sich auf das Objekt und das Subjekt der Arbeit und berücksichtigt sowohl die (Re-)Produktivität der Natur als äußere Natur (Objekt der Arbeit) als auch die der menschlichen Natur wie Gesundheit, Fertigkeiten usw. (Subjekt der Arbeit) (Barth/Jochum/Littig 2016). Gemäß diesen normativen Grundsätzen und basierend auf Erkenntnissen aus der Geschlechterforschung, der Arbeitssoziologie sowie der Nachhaltigkeitsforschung lassen sich die Hauptmerkmale nachhaltiger Arbeit wie folgt charakterisieren:

- Nachhaltige Arbeit ermöglicht Männern und Frauen die Erbringung von Mischarbeit in ihren unterschiedlichen Formen (Erwerbsarbeit, Gemeinwesenarbeit, Sorge- und Familienarbeit sowie Eigenarbeit).
- Nachhaltige Arbeit ermöglicht Männern und Frauen eine selbstbestimmte, nachhaltige Lebensführung.
- Nachhaltige Arbeit garantiert langfristige (physische und psychische) Gesundheit und fördert einen gesunden Lebensstil.
- Nachhaltige Arbeit basiert auf einer sicheren, angemessenen und fairen Vergütungsstruktur für Männer und Frauen (Einkommen und Transferleistungen).
- Nachhaltige Arbeit strebt nach einer ökologisch und sozial verträglichen Herstellung und Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen.

Die zentralen Voraussetzungen für nachhaltige Arbeit als Leitmotiv einer sozial-ökologischen Transformation der aktuellen Arbeitsgesellschaft sind kürzere, flexible, aber geregelte Arbeitszeiten sowie eine sozial-ökologische Steuerreform. Nur so kann die sozial-ökologische Herstellung von Waren und Dienstleistungen gewährleistet werden. Das heißt:

- Nachhaltige Arbeit für alle bedeutet kürzere Arbeitszeiten (eine Verkürzung der Vollarbeitszeit auf 20–30 Stunden), Flexibilität und eine Neuorganisation des Sozialversicherungssystems.
- Nachhaltige Arbeit erfordert die Neuordnung der Kostenverhältnisse zwischen den verschiedenen Produktionsfaktoren (sozial-ökologische Steuerreform).

5. NACHHALTIGE ARBEIT – EINE ZUKUNFTSVISION

Der akademische und öffentliche Diskurs in Bezug auf die sozial-ökologische Transformation gewinnt an Bedeutung und so auch das Konzept der nachhaltigen Arbeit – oder allgemeiner ausgedrückt: die Neustrukturierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Barth/Jochum/Littig 2016). Argumentative Unterstützung kommt bemerkenswerterweise auch von ungewöhnlichen Akteuren wie Papst Franziskus (Papst Franziskus 2015) und dem neuen Bericht über die menschliche Entwicklung (UNDP 2015). Obwohl Geschlechtergerechtigkeit ein wesentliches Element nachhaltiger Entwicklung darstellt, werden Genderfragen in der Debatte über nachhaltige Arbeit zu wenig thematisiert (Littig 2016, Littig

2017). In diesem Beitrag wurde daher besonders auf die Zusammenhänge zwischen nachhaltiger Entwicklung, Arbeit und Geschlechtergerechtigkeit hingewiesen. Der hier vorgestellte erweiterte Begriff von Arbeit, die sozial-ökologische Neubewertung sämtlicher Formen der Arbeit, die Neuverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zwischen Männern und Frauen sowie die normativen Grundsätze nachhaltiger Entwicklung bilden das Zentrum eines neuen gesellschaftlichen Leitmotivs nachhaltiger Arbeit. Die Umsetzung dieses Leitbildes kann durch die Kooperation verschiedener progressiver AkteurInnen aus politischen Parteien und Verwaltungen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen vorangetrieben werden. Letztendlich ist nachhaltige Arbeit jedoch Teil eines breiteren Konzepts: nämlich ein erfülltes Leben für alle – und dazu zählt auch Zeit für Müßiggang.

LITERATUR

- Altwater, Elmar (2011): Mit Green New Deal aus dem Wachstumsdilemma? Widerspruch 60/11, S. 119–132; Stand: 30.08.2016. http://www.widerspruch.ch/sites/widerspruch.ch/files/pdf/wsp60_altwater.pdf
- Appel, Anja (2010): Die Genderbilanz des Klimadiskurses. Von der Schiefelage einer Debatte, in: Kurswechsel 2, S. 52–62.
- Biesecker, Adelheid, Mathes, Maite, Schön, Susanne, Scurrill, Babette (Hg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens, Bielefeld.
- Biesecker, Adelheid, Wichterich, Christa, Winterfeld, Uta von (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Hintergrundpapier, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Barth, Thomas, Jochum, Georg, Littig, Beate (2016): Nachhaltige Arbeit und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Theoretische Perspektiven und Forschungsperspektiven, in: dies. (Hg.): Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, Frankfurt: Campus, S. 312–354.
- Bydny, Laura (2016): Green and feminist perspectives on sustainable work in a post-growth society. Paper für das ECOPRO 2016-Projekt – Sustainable Work for All in a Post Growth Society, Oikos Thinktank.
- Brand, Ulrich (2012a): Green Economy – the Next Oxymoron? No Lessons Learned from Failures of Implementing Sustainable Development, GAIA 21, S. 28–32.
- Brand, Ulrich (2012b): Beautiful Green World. On the Myths of a Green Economy, Luxemburg, argumente, Nr. 3, 2. Ausgabe, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Brand, Ulrich, Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse; in: Demirovic, Alex et al. (Hg.): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 79–94.
- Brandl, Sebastian (2016): Das Verbundprojekt Arbeit und Ökologie (1998–2000). Ein Beispiel inter- und transdisziplinärer Forschungsorganisation, in: Barth, Thomas, Jochum, Georg, Littig, Beate (Hg.): Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, Frankfurt: Campus, S. 55–76.
- European Commission (2010): Europe 2020 – A strategy for smart, sustainable and inclusive growth, COM(2010) 2020 final, 2010; Stand: 30.07.2016, <http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:2020:FIN:EN:PDF>
- Fischer-Kowalski, Marina, Haberl, Helmut (2007) (Hg.): Socio-ecological Transitions and Global Change, Cheltenham.
- Genanet: Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit (2011) Green Economy: Gender_Just! Towards a resource-light and gender-just future; Stand: 30.07.2016, http://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Care_Gender_Green_Economy/G3_discussion_paper_en.pdf
- Harcourt, Wendy (Hg.) (2012): Women Reclaiming Sustainable Livelihoods. Spaces Lost, Spaces Gained, Chippenham/Eastbourne.
- Haug, Frigga (2008): Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg.
- HBS (Hans-Böckler-Stiftung) (Hg.) (2000): Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Düsseldorf. English: Pathways to a Sustainable Future. Results from the Work & Employment Interdisciplinary Project, Düsseldorf.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2012): Critique of the Green Economy – Toward Social and Environmental Equity. Barbara Unmüßig, Wolfgang Sachs und Thomas Fatheuer, Band 22 der Schriftenreihe Ökologie. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin; Stand: 31.07.2016, <http://www.boell.de/en/content/critique-green-economy-toward-social-and-environmental-equity>
- ILO (Internationale Arbeitsorganisation) (2015): Gender Equality and Green Jobs; Stand: 31.07.2016, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---emp_ent/documents/publication/wcms_360572.pdf
- Jackson, Tim (2009): Prosperity without growth? The transition to a sustainable economy; Stand: 31.07.2016, www.sdcommission.org.uk/.../prosperity_without_growth_report.pdf

- Jaeggi, Rahel, Kübler, Lukas (2014): Pathologien der Arbeit. Zur Bedeutung eines gesellschaftlichen Kooperationsverhältnisses, WSI-Mitteilungen, 7/2014, S. 521–527.
- Jonas, Michael, Littig, Beate (2015): Sustainable Practices, in: Wright, James (Hg.) (2015), *The International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*, Oxford, S. 834–838.
- Jonas, Michael (2016): Transition or Transformation of societal practices and orders? In: Jonas, Michael, Littig, Beate (Hg.), *Towards A Praxeological Political Analysis*, London: Routledge (im Erscheinen).
- Jurczyk, K./Voß, G./Weihrich, M. (2016): Conduct of everyday life in subject-oriented Sociology. Concept an empirical research, in: Schraube E./ Højholt, C. (Hg.) (2016): *Psychology and the Conduct of Everyday Life*, New York: Routledge, S. 34–64
- Klinger, Cornelia (2014): Selbst- und Lebenssorge als Gegenstand sozialphilosophischer Reflexionen auf die Moderne, in: *Soziale Welt, Sonderband (2014)*, Bd. 20, S. 21–39.
- Kuhl, Mara (2012): Geschlechteraspekte des Green New Deal – eine Analyse der Strategiepapiere der Grünen/EFA Green-New-Deal-Arbeitsgruppe. Studie im Auftrag der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz auf Initiative von Elisabeth Schroedter; Stand: 31.07.2016, <http://www.elisabeth-schroedter.de/themen/green-jobs/green-jobs/GenderAspectsGNDfinal.pdf>
- Leitner, Andrea, Wroblewski, Angela, Littig, Beate (2012): Green Jobs. Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale, Informationen zur Umweltpolitik Nr. 186, Arbeiterkammer Wien (Hg.), https://media.arbeiterkammer.at/wien/lzUmweltpolitik_Ausgabe_186.pdf
- Lessenich, Stephan, Dörre, Klaus, (2014): Grenzen des Wachstums – Grenzen des Kapitalismus, Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen, 7/2014.
- Littig, Beate (2001): *Feminist Perspectives on Environment and Society*, London et al.
- Littig, Beate (2013): Green Economy, Green Jobs – und Frauen? Geschlechterpolitische Überlegungen zum aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurs, in: Appelt, Erna, Aulenbacher, Brigitte, Wetterer, Brigitte (Hg.). *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen*, Forum Frauen- und Geschlechterforschung, Ausg. 37, S. 60–77.
- Littig, Beate (2016): Nachhaltige Zukünfte von Arbeit? Geschlechterpolitische Perspektiven, in: Barth, Thomas, Jochum, Georg, Littig, Beate (Hg.): *Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse*, Frankfurt: Campus, S. 75–98.
- Littig, Beate (2017): Good “Green Jobs” for whom? A feminist critique of the “Green Economy”, in: MacGregor, Sherilyn (Hg.), *International Handbook on Gender and Environment*, Routledge, (im Erscheinen).
- Papst Franziskus (2015): *Laudato si. Über die Sorge für das gemeinsame Haus*, Zweite Enzyklika von Papst Franziskus; Stand: 30.08.2016, http://w2.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudatosi.html (abgerufen am 12.05.2016).
- Petridis, Panagiotis, Muraca, Barbara, Kallis, Giorgos (2015): “De-growth: between a scientific concept and a slogan for a social movement”. In: Martinez-Alier, Joan, Muradian, Roldan (Hg.): *Handbook of Ecological Economics*. Cheltenham: Edward Elgar, S. 176–200.
- Piketty, Thomas (2014): *Capital in the Twenty-First Century*, Harvard University Press.
- Pongratz, Hans J., Voß, G. Günter (2003): From employee to ‘entrepreneur’: Towards a ‘self-entrepreneurial’ work force? In: *Concepts and Transformation* 8 (3), S. 239–254.
- Rieder, Kerstin, Voß, Günter G. (2005): *Der arbeitende Kunde*, Frankfurt/New York.
- Santarius, Tilman (2014): Der Rebound Effekt: ein blinder Fleck der sozial-ökologischen Gesellschaftstransformation, *GAIA*, Jg. 23, H. 2, S. 109–117.
- Sen, Amartya (1979): Utilitarianism and Welfarism, *The Journal of Philosophy*, LXXVI, S. 463–489.
- Schor, Juliet (2010): *Plenitude. The New Economics of True Wealth*, Berkeley
- Tronto, Joan (2013): *Caring Democracy. Markets, Equality and Justice*, New York.
- UN (United Nations) (1992), Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro.
- UN (United Nations) (2015), *Transforming Our World. The 2030 Agenda for Sustainable Development*, New York.
- UNDP (United Nations Development Programme) (2011a): *Gender Inequality Index and related indicators*; Stand: 31.07.2016, http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2011_EN_Table4.pdf
- UNDP (United Nations Development Programme) (2011b): *Human Development Index 2011*; Stand: 31.07.2016, <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2011/>
- UNDP (United Nations Development Programme) (2015), *Human Development Report 2015. Work for Human Development*; Stand: 31.07.2016, http://hdr.undp.org/sites/default/files/2015_human_development_report.pdf
- Voß, Günter G., Weiß, C. (2013): Burnout und Depression - Leichterkrankungen des subjektivierten Kapitalismus oder: Woran leidet der Arbeitskraftunternehmer? In: Neckel, Sighard/Wagner, Greta (Hg.): *Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*. Berlin, S. 29–57.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2011): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin.
- Wissen, Markus (2012): Post-neoliberale Hegemonie? Zur Rolle des Green-Economy Konzepts in der Vielfachkrise. In: *Kurswechsel* 2, S. 28–36.

DIE GRÜNEN WERSTATTSCHRIFTEN

Die grünen Werkstattsschriften publizieren in unregelmäßigen Abständen Texte zu wichtigen Themen aus dem grünen Universum.

Wir wollen Diskurse entfachen und Visionen entwerfen. Wir berichten über Experimente und begleiten grüne Alternativen. Wir freuen uns über Beiträge und bitten, diese an buero@gbw.at zu schicken.

Impressum:

.....
Die Grüne Bildungswerkstatt • Rooseveltplatz 4-5/7, 1090 Wien • E-Mail: buero@gbw.at • Telefon: ++43 1 526 91 11
.....